

# Por ahora y por siempre – viva el presidente! Viva Nicolás Maduro! Solidarität mit dem Volk von Venezuela! Solidarität mit seiner demokratisch gewählten Regierung!

Stellungnahme der AG Cuba Sí zu den Vorgängen in Venezuela, 17. April 2013

Cuba Sí steht fest an der Seite des venezolanischen Volkes und seines demokratisch gewählten Präsidenten Nicolás Maduro. **Wir rufen auf zur Solidarität mit dem bolivarianischen Prozess in Venezuela!** Wir fordern die Bundesregierung und die Regierungen der EU-Länder auf, das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in Venezuela umgehend anzuerkennen und allen Versuchen einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten des südamerikanischen Landes energisch entgegenzutreten.

Die rechte Opposition in Venezuela um den unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Henrique Capriles Radonski will das Ergebnis der demokratischen Präsidentschaftswahlen in Venezuela mit Gewalt ändern und provoziert Protest und Aufruhr. Es ist diese rechte Clique, die den bolivarianischen Prozess in Venezuela von Anfang an bekämpfte, die den verstorbenen Präsidenten Hugo Chávez als Diktator abstempelte und ihn im Jahr 2002 durch einen Staatsstreich stürzen wollte. Es ist diese bürgerlich-konservative Rechte, die sich der Welt gern als Demokraten und Pazifisten präsentiert. Sie ist es, die sich in diesen Tagen einmal mehr als Feinde der Demokratie und als Putschisten entlarvt hat.

Und sie werden aus Europa und den USA unterstützt: Die Konrad-Adenauer-Stiftung fabuliert von einem „ungerechten Wahlkampf“, bezeichnet Nicolás Maduro als „vorläufigen Wahlsieger“ und spricht über eine „fehlende Legitimität“ der Regierung Maduro. Die Organisation Amerikanischer Staaten und die USA mischen sich mit der Forderung nach einer vollständigen Neuauszählung der Wählerstimmen offen in die inneren Angelegenheiten Venezuelas ein. Die EU will, dass alle Beschwerden gegen das Wahlergebnis geprüft werden. Eine Sprecherin der Außenbeauftragten der EU, Catherine Ashton, fordert, dass das Ergebnis von allen Seiten akzeptiert werden müsse.

## Putschähnliche Zustände

Die gegenwärtige Situation in Venezuela erinnert an den Staatsstreich gegen Hugo Chávez vor 11 Jahren. Capriles, der schon 2002 in das Putschgeschehen verwickelt war, und seine Anhänger wollen das demokratische Wahlergebnis nicht anerkennen und den Chávez-Nachfolger Maduro im Präsidentenamt verhindern.

Bereits am Sonntag fielen die ersten Schüsse, bei denen ein Journalist verletzt wurde. Es gab Übergriffe auf Regierungseinrichtungen, Hackerangriffe auf die Internetseiten der venezolanischen Wahlbehörde, in Büros der Regierungspartei PSUV wurde Feuer gelegt, Anhänger der Opposition haben staatliche Supermärkte, die subventionierte Waren verkaufen, attackiert. Der Fernsehsender Telesur wurde belagert und mit Steinen beworfen, Mitarbeiter wurden bedroht. Die Putschisten haben Anhänger der Bolivarianischen Revolution durch die Straßen gejagt, sie haben medizinische Versorgungszentren angegriffen, und kubanische Ärzte attackiert. Bisher haben die Unruhen 7 Tote und 61 Verletzte gefordert. Die Putschisten wollen die Bolivarianische Republik Venezuela zerstören.

## Dieser Putsch ist ein Angriff auf den Integrationsprozess in Lateinamerika

Die rechte Opposition darf mit diesem Putschversuch nicht durchkommen. Das venezolanische Volk wird wie schon 2002 seine bolivarianische Revolution verteidigen. Präsident Maduro hat wiederholt zu Frieden und Dialog zwischen den Venezolanern aufgerufen, und seine Anhänger gebeten, „kämpferisch, mobilisiert und ruhig“ zu sein. Viele Regierungen Lateinamerikas haben Maduro bereits ihre Glückwünsche zur Wahl übermittelt. Venezuela ist der Motor der lateinamerikanischen Integration und hat heute viele Verbündete in der Region. Die neuen Staatenbündnisse in Lateinamerika werden diesen Destabilisierungsversuchen der rechten Opposition nicht tatenlos zusehen.

Viva la Revolución bolivariana!  
Viva el Presidente Nicolás Maduro!

**Cuba Sí**

AG in der Partei DIE LINKE

Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin  
Tel.: (030) 24 009-455, -456  
berlin@cuba-si.org  
www.cuba-si.org

## Argumente zur Lage in Venezuela

- In Venezuela wird ein automatisiertes, elektronisches Wahlverfahren verwendet, das über Papierausdrucke, die in den Urnen gesammelt werden, und einen Kontrollabschnitt, den jeder Wähler erhält, verifiziert werden kann.
  - Dieses Verfahren ist in der Vergangenheit von zahlreichen Beobachtermissionen, darunter auch mehrfach das Carter-Center (zuletzt 2012) des ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter, geprüft und als eines der weltweit sichersten befunden worden.
  - Dieses System sieht standardmäßig die nachträgliche Auswertung und Überprüfung von 54 Prozent aller Stimmzettel vor, um Abweichungen vom elektronischen Ergebnis festzustellen. Dies erfolgt auch dieses Mal. Falls dabei Hinweise auf Unregelmäßigkeiten auftreten, wird eine weitere, umfassende Auszählung veranlasst, was bisher allerdings noch nie notwendig war.
  - Die oppositionellen Medien haben Bilder bzw. Videoaufnahmen von der Verbrennung von Stimmzetteln verbreitet, um zu zeigen, dass eine Nachprüfung verhindert werden sollte. Diese Aufnahmen stammen von vorangegangenen Wahlen. Nach ordnungsgemäßem Abschluss der Auszählung, dem Verstreichen der Einspruchsfristen und dem Ablauf einer gesetzlichen Aufbewahrungsfrist werden die Wahlzettel entsprechend dem Wahlgesetz vernichtet. (Was passiert bei uns damit?)
  - Neben zahlreichen anderen internationalen Wahlbeobachtern war auch eine offizielle Delegation der UNASUR, der Südamerikanischen Staatengemeinschaft, zur Wahlbeobachtung in Venezuela vor Ort. Der Koordinator dieser Delegation, Wilfredo Penco aus Uruguay, der sich insgesamt 14 Tage im Land aufgehalten hat, bescheinigt einen reibungslosen und störungsfreien Ablauf der Wahl und spricht lediglich von „kleineren Zwischenfällen, wie sie bei allen Wahlen vorkommen“.
  - Die venezolanische Seite verurteilt die „Nichtanerkennung des Wahlergebnisses durch die USA“ als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Venezuelas und den Versuch, Unruhe zu stiften.
- Wohl kein souveränes Land der Welt mache die Gültigkeit von Wahlen von der Zustimmung der USA abhängig, deren eigenes Wahlsystem nicht immer frei von zweifelhaften Entscheidungen war.
- Dessen ungeachtet hat die argentinische Präsidentin Cristina Fernández de Kircher die USA aufgefordert, das Wahlergebnis anzuerkennen, „so wie das Argentinien, Brasilien, China, Kolumbien und Russland bereits getan“ hätten.
  - Die Nichtanerkennung des Wahlergebnisses und die Forderung nach vollständiger Nachzählung seitens der Opposition wurden bisher ausschließlich gegenüber der Presse erhoben – so die Information durch die venezolanische Botschaft am 16.4., nachmittags, und gleichlautend durch TeleSur. Bei der maßgeblichen Obersten Wahlbehörde CNE bzw. dem Obersten Gerichtshof TJS seien bisher keinerlei Anträge eingegangen.
  - Im Zusammenhang mit den Protestkundgebungen der venezolanischen Opposition erweckt die Presseberichterstattung den Eindruck, bei den Opfern der gewaltsamen Ausschreitungen und insbesondere bei den bisher 7 Toten handle es sich um Anhänger der Opposition. Tatsache ist jedoch, dass bisher ausschließlich Chávez-Anhänger – leicht erkennbar an den roten Hemden – oder Unbeteiligte zu Tode gekommen sind, meist erschossen aus vorbeifahrenden Autos.
  - Nicolás Maduro wird am Freitag, dem 19.4.2013, offiziell in sein Amt eingeführt werden. Von der Anwesenheit zahlreicher Präsidenten und weiterer hochrangiger Politiker der Region kann ausgegangen werden. Nach Presseberichten haben die argentinische Präsidentin Cristina Fernández de Kircher, der Präsident Boliviens Evo Morales, der nikaraguanische Präsident Daniel Ortega, der peruanische Präsident Ollanta Humala und Uruguays Präsident José Mujica, ihre Teilnahme bereits fest zugesagt. Das zeigt die breite Unterstützung der Nachbarländer für Nicolás Maduro.

Zusammengetragen von Dietmar Schulz, DIE LINKE,  
Bereich Internationale Politik, 17.4. 2013